

BUND Hessen e.V., Geleitsstr. 14, 60599 Frankfurt am Main  
Ministerpräsident Volker Bouffier  
Hessische Staatskanzlei  
Georg-August-Zinn-Str. 1  
65183 Wiesbaden

Staatsminister Tarek Al Wazir  
Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie,  
Verkehr und Wohnen  
Kaiser-Friedrich-Ring 75  
65185 Wiesbaden

vorab per Mail

Frankfurt, 15.10.2021

Offener Brief

Einführung einer Solarpflicht in Hessen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Bouffier,  
sehr geehrter Herr Staatsminister Al Wazir,

wir gehen davon aus, dass die derzeitigen Vorhaben des Integrierten Klimaschutzplanes Hessen (IKSP) bei Weitem nicht genügen, die gesetzten Klimaschutzziele in Hessen zu erreichen. Wir begrüßen deshalb Äußerungen von Umweltministerin Priska Hinz, die Ziele des aktuellen Klimaschutzgesetzes des Bundes zu übernehmen und somit auch in Hessen Klimaneutralität bis 2045 vorzubereiten. Daraus ergibt sich für uns als Konsequenz, die Umsetzung auch gesetzlich abzusichern und damit Rahmenbedingungen für eine schnellere Energiewende zu schaffen.

Im Energiewende-Ranking 2019 (Länder-Analyse der Agentur für Erneuerbare Energien, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg) erreicht Hessen nur den 10. Platz.

Mit einem eigenen Klimaschutzgesetz hatte sich der BUND Hessen bei einer Anhörung zu einem Klimaschutzgesetz der SPD im Landtag eingebracht. Wir fordern u.a. eine gesetzlich verankerte Solarpflicht. Damit steht der BUND nicht alleine. Wir empfehlen einen Blick über die Landesgrenzen hinweg. Baden-Württemberg hat eine Solarpflicht bereits beschlossen.

Ab Frühjahr 2022 ist bei jedem privaten Neubau eine Photovoltaik-Anlage vorgeschrieben, ab Anfang 2023 bei Dachsanierungen auch im Altbau.

Für Hessen wäre eine Solarpflicht darüber hinaus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Es ist aufgrund vorwiegend leerer Dächer in Hessen anzunehmen, dass hier ansässige wichtige Solarfirmen wie Viessmann oder SMA wesentliche Umsätze nicht in Hessen tätigen. Diese und viele weiteren Firmen würden durch eine Solarpflicht unmittelbar profitieren und notwendige, zukunftsorientierte Arbeitsplätze schaffen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Bouffier,  
sehr geehrter Herr Staatsminister Al Wazir,

Sie stehen in der Verantwortung für heutige und nachfolgende Generationen. Die Klimaerhitzung wirkt sich bereits aus. Landwirtschaft, Schifffahrt und auch Kraftwerke haben schon mit der Trockenheit gekämpft. Die verheerenden Überflutungen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind uns allen in schrecklicher Erinnerung. Wirtschaftliche aber auch soziale Belastungen sind erheblich und werden weiter wachsen. Wir brauchen schnell wirkende Maßnahmen für mehr Klimaschutz, dazu gehört zwingend die Beschleunigung der Energiewende hin zu Energieeinsparung und Ausbau Erneuerbarer Energien. Notwendig aus unserer Sicht sind neben vielem anderen auch klare gesetzliche Rahmenbedingungen für die verstärkte, nachhaltige Nutzung der Solarenergie. Es sprechen aus unserer Überzeugung keine Sachgründe dagegen.

Wir bitten Sie, dem Beispiel des grün-schwarz regierten Baden-Württemberg zu folgen und auch in Hessen eine gesetzliche Solarpflicht für alle Neubauten und Bestandsbauten bei Dachsanierungen auf den Weg zu bringen. Gerne stehen wir für Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Gabriela Terhorst  
Stellv. Landesvorsitzende

Dr. Werner Neumann  
Landesvorstandsmitglied